Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 8

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER ZUG NACH PEKING

Wenn man die internationale Reisediplomatie mit einem Strom vergleichen will, der seinen Wellenschlag und seine bestimmten Richtungen hat, so ist in den letzten Wochen und Monaten die eine Drift immer sichtbarer geworden: der Zug nach Peking. Seit der Berater Präsident Nixons, Henry Kissinger, in seinen Gesprächen mit den chinesischen Führern im Sommer 1971 den Weg freigelegt hat und Nixon im Februar dieses Jahres in die Volksrepublik gereist ist, scheint ein Bann gebrochen. Im Kielwasser der Präsidentenvisite wurde das kommunistische China, jahrelang von der übrigen Welt fast hermetisch abgeriegelt, zum bevorzugten Reiseziel von Politikern und Diplomaten, von Parlamentarier- und Journalistendelegationen, von Schriftstellern und Wissenschaftern aus aller Herren Länder. Eine China-Euphorie brach aus, sichtbares Symptom eines drängenden Nachholbedarfes und eines Dranges nach Erkenntnissen und Informationen über eine grosse, ferne und unbekannte Welt. Der Bambusvorhang hat sich gehoben, was sind die politischen Folgen?

Die globalen und langfristigen Perspektiven dieser Neubewertung Chinas analysiert Hans J. Morgenthau an anderer Stelle dieses Heftes. Hier sollen vor allem die unmittelbaren und aktuellen Auswirkungen dargestellt werden.

Washingtons Politik als Katalysator

Es ist bezeichnend für die neue China-Politik, dass zwar die Vereinigten Staaten im Juli 1971 den ersten entscheidenden Schritt getan haben, welcher die Wende einleitete, dass aber andere Länder die ersten Früchte dieser Neuorientierung ernten. Washingtons Politik konnte zunächst im wesentlichen lediglich als Katalysator wirken, der Prozesse auslöste, für welche die Voraussetzungen längst geschaffen waren. So sind die USA in dem Bemühen um eine Normalisierung des Verhältnisses zu Peking zuerst von Japan überrundet worden, dann aber auch von der Bundesrepublik Deutschland. Beide Staaten beeilten sich, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, ihre Beziehungen zur Volksrepublik China neu zu ordnen, nachdem das Weisse Haus dafür das Signal gegeben hatte.

Japan: Abbau der Konfrontation

Unter den Verbündeten der USA ist Japan das Land, das durch den neuen Kurs von Nixons Chinapolitik unmittelbar am stärksten betroffen worden ist. Seit dem Zweiten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten ihre schützende Hand über Japan gehalten. In dem Verteidigungssystem, das Washington am Westrand des Pazifik aufgebaut hatte, nahm Japan dank seiner geographischen Lage und seinem wirtschaftlichen Potential eine führende Stellung ein. Nun ging Amerika sichtlich daran, sein Engagement in dieser Region schrittweise abzubauen. Dem fernöstlichen Inselreich drohte die Isolierung; die Tatsache, dass Nixon seine Hinwendung zu

Peking mehr oder minder über den Kopf Tokios hinweg vollzogen hatte, hinterliess bei den japanischen Führern einen eigentlichen Schock.

Japan hat die Konsequenzen aus der neuen Situation rasch gezogen. Nach dem Rücktritt von Ministerpäsident Sato übernahm der dynamische Tanaka das Amt des Regierungschefs. Er leitete die Annäherung an Peking ein, die in den Vereinbarungen vom 30. September gipfelten. Auf dem Treffen zwischen Tanaka und Tschou En-lai wurden – wenigstens verbal – die historischen Belastungen ausgeräumt. Tanaka übernahm die Verantwortung für die aggressiven Handlungen, die das imperialistische Japan einst China gegenüber begangen hatte und entschuldigte sich in aller Form dafür. An Stelle der Konfrontation der Vergangenheit sollte die Kooperation der Zukunft treten: die beiden Länder vereinbarten in einem Grundsatzabkommen, das in die Form eines Communiqués gefasst wurde, Beendigung des Kriegszustandes sowie Aufnahme diplomatischer Beziehungen und kündigten Verhandlungen über wirtschaftliche und politische Fragen an. Japan anerkannte die Pekinger Regierung als die einzig legale Vertretung des chinesischen Volkes und liess damit stillschweigend das Nationalchina Tschiang Kai-scheks auf Taiwan fallen.

Ohne Zweifel sind den Japanern von Peking goldene Brücken gebaut worden. Aber im ganzen markiert die chinesisch-japanische Annäherung, auch wenn sie in vorsichtiger Weise mit der Fernostpolitik Washingtons abgestimmt scheint, doch einen bedeutenden Wendepunkt der Entwicklung in Ostasien. Siebenundzwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beginnt hier eine neue Ära, in welcher – auch wenn der amerikanische Nuklearschirm über Japan weiter wirksam bleibt – die asiatischen Mächte wieder auf sich selbst gestellt sind. Wie sich auf lange Frist die politischen Schwergewichte zwischen Japan und China verteilen werden, ist angesichts der potentiellen Stärke beider Partner unschwer vorauszusehen.

Bonn: Von der Ostpolitik zur Fernostpolitik

Für die Bundesrepublik Deutschland stellte sich die Situation anders dar als für Japan. Die im Herbst 1969 an die Regierung gelangte SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Brandt hatte als ihr primäres aussenpolitisches Ziel die Bereinigung des Verhältnisses mit ihren östlichen Nachbarn und der Sowjetunion deklariert. In der Anfangsphase der Ostpolitik Brandts wurde jeder mögliche Störfaktor zu eliminieren versucht, der einen Erfolg des neuen Kurses hätte gefährden können. Auch die Chinapolitik Bonns, zu der es früher einige, wenn auch nur rudimentäre Ansätze gegeben hatte, wurde dem allgemeinen Interesse untergeordnet. Obwohl die Verträge mit Moskau und Warschau schon im August beziehungsweise Dezember 1970 unterzeichnet wurden, bestanden angesichts der Ungewissheit, ob die Abkommen vom Parlament schliesslich ratifiziert würden, auch im Sommer 1971 noch die gleichen Voraussetzungen. Nixons neue Chinapolitik wirkte sich deshalb zunächst nicht unmittelbar auf die Aussenpolitik der Bundesregierung aus.

Die Lage änderte sich erst, als im Frühjahr 1972 die Verträge von Moskau und Warschau durch den Bundestag gutgeheissen wurden. Damit gewann die Regierung Brandt/Scheel freie Hand für

eine beweglichere Fernostpolitik. Dass das Tempo schliesslich beschleunigt werden musste, war eine Folge der innenpolitischen Situation. Die oppositionelle CDU/CSU hatte die Chance erkannt, die sich ihr bot, wenn sie von sich aus die Initiative zu Kontakten mit Peking ergriff. So wurde im Juli dieses Jahres der aussenpolitische Experte der CDU und frühere Aussenminister Gerhard Schröder auf eine Reise nach Peking geschickt. Die Regierung geriet dadurch in Gefahr, im Wettlauf um China von der Opposition überholt zu werden. So leitete auch das Kabinett Vorstösse in Richtung auf eine Normalisierung des Verhältnisses mit Peking ein.

Die Versuche hatten Erfolg. Während in der Bundesrepublik bereits der Wahlkampf begann, begab sich Aussenminister Scheel nach der chinesischen Hauptstadt, um dort die Vereinbarungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu treffen. Damit wurde nicht nur der Opposition ein wirksames Wahlargument aus den Händen gewunden, sondern zugleich demonstriert, dass Bonn in seiner Aussenpolitik flexibler und handlungsfähiger geworden ist. Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass in dem Augenblick, da Scheel in Peking eintraf, Brandts Staatssekretär Bahr in Moskau Gespräche mit Parteichef Breschnew führte. Bonns Initiative in Ostasien sollte gegen die Sowjetunion hin abgestützt werden; die Fernostpolitik sollte nicht die Ostpolitik gefährden.

Aus der Sicht Chinas

Die aussenpolitische Bilanz der fünfzehn Monate, die seit Kissingers Besuch in Peking verstrichen sind, nimmt sich für das kommunistische China imponierend aus. Es hat die Isolierung durchbrochen, in die es mit Beginn der Konfrontation gegen Moskau anfangs der sechziger Jahre geraten war. Peking ist in die Vereinten Nationen aufgenommen worden, und es hat es verstanden, diese internationale Tribüne geschickt für seine Zwecke auszunutzen. Wohl keine grössere Macht ist heute so umworben wie das kommunistische China.

Es hat diese Erfolge erzielt, obwohl es zweifellos nur unter Pression auf den neuen Kurs eingeschwenkt ist. Letztlich haben weniger die Angebote Nixons den Ausschlag zur Wende des Sommers 1971 gegeben als die massiven sowjetischen Drohungen und die Sorge Pekings, durch eine Allianz zwischen Moskau und Delhi umfasst und eingekreist zu werden.

Den Ausbruch aus der Umklammerung hat China jedoch gleichzeitig benützt, um seinerseits offensiv zu werden. Es führt, wie sich in der Rede des stellvertretenden Aussenministers Tschiao Kuan-hua vor der Generalversammlung der UNO sowie in den Publikationen zum 23. Jahrestag der Machtergreifung Mao Tse-tungs zeigte, den Kampf an zwei Fronten. Zunächst attackiert es die Supermächte, beschuldigt sie des Imperialismus und unterstellt ihnen die düstersten aggressiven Absichten (wobei Moskau stets um einige kräftige Nuancen schlechter wegkommt als Washington). Auf der anderen Seite sucht Peking sich zum Beschützer und Fürsprecher der kleinen und schwachen Mächte aufzuwerfen. Es stösst dabei mit seinen Bemühungen auch in jene Räume vor, die zwischen den Supermächten heute eine gewisse Manövriermöglichkeit erlauben wie

Westeuropa und Japan. Hier sind kurzfristig für Peking wichtigere Ergebnisse zu erzielen als in den Entwicklungsländern der Dritten Welt. Vieles spricht dafür, dass China in nächster Zukunft, seine augenblickliche günstige Position ausnützend, die Bestrebungen, wie sie sich in den Kontakten mit Tokio und Bonn angebahnt haben, noch intensivieren wird.

Dabei ist nicht zu übersehen, dass China selbst innerlich noch kaum gefestigt in den Kreis der Nationen getreten ist. Die Kulturrevolution liegt nur kurze Zeit zurück; es ist lediglich ein paar Jahre her, dass in China unter dem Patronat des Vorsitzenden Mao Tse-tung und in seinem Namen eine wilde Hexenjagd tobte. Vieles davon geistert auch heute noch durch die Reden chinesischer Funktionäre und durch offizielle Verlautbarungen. So sagte Tschiao Kuan-hua in seiner Ansprache vor der UNO in New York: «Wir sind uns bewusst, dass Kriege so lange unvermeidlich sind, als die Gesellschaft in Klassen aufgespalten ist und Menschen durch Menschen ausgebeutet werden. Es gibt gerechte und ungerechte Kriege. Wir unterstützen die gerechten Kriege. Wenn ein Sozialist ein Sozialist bleiben will, so sollte er sich nicht allen Kriegen ohne Unterschied widersetzen. Gewaltlosigkeit in den internationalen Beziehungen kann nur von bedingter Gültigkeit sein. Solange es Imperialismus und Kolonialismus gibt, bedeutet die Befürwortung eines bedingungslosen Gewaltverzichtes in den internationalen Beziehungen Verrat an den Völkern der Welt.» Das sind Worte, die zeigen, in welchen Gedankenbahnen sich die Politik der chinesischen Machthaber bewegt. Die Zukunftsmöglichkeiten, die sie andeuten, sind unwägbar und nicht zu übersehen.

Alfred Cattani

ISRAELS KIBBUZIM – HEUTE

Eine verblassende Idee?

Die fortschreitende Konsolidierung des israelischen Staates, der höhere Lebensstandard und die wachsende Produktion beeinflussen das Leben des einzelnen Bürgers nachhaltig. Diese Faktoren haben auch tiefe Wirkungen auf den Status des Kibbuz. Es zeigt sich, dass sie geeignet sind, die Idee des Elitemenschen, als welcher der Kibbuzbewohner gilt, und die Idee des Pionierwesens zu schwächen. Viele staatsbürgerliche Aufgaben wie die der Verteidigung, der Kolonisierung des Landes und der Aufnahme der Einwanderer, die bisher dem Kibbuz in grossem Ausmass oblagen, sind von neugegründeten Staatsbüros übernommen worden. Gleichzeitig haben die Kibbuzim sich der wachsenden wirtschaftlichen Differenzierung und den immer höheren Ansprüchen an die Lebenshaltung zu fügen.

Es sei hier kurz skizziert, was den Charakter eines Kibbuz ausmacht: Es ist ein Kollektivdorf, das von allen Mitgliedern gemeinsam verwaltet wird. Der gesamte Besitz ist gemeinsam, die Arbeit wird auf einer kollektiven Basis organisiert. Die Mitglieder stellen ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten zur Ver-

fügung, dafür erhalten sie Wohnung, Kost, Bekleidung, Erziehungsmöglichkeiten für die Kinder und kulturelle Vergünstigungen.

Ein anderer Faktor, der hier mitspielt, ist der Generationenwechsel. Die ehemaligen Pioniere und Idealisten stehen nun im vorgerückten Alter, und die junge, manchmal bereits im Kibbuz geborene Generation hat die Führung übernommen. Diese Tatsache hat tiefe Veränderungen wie das Abrücken von der bisherigen Einfachheit der Lebensführung, dem Kollektiverzeugnis und dem bescheidenen Konsum, der Idee von der Hände Arbeit usw. gezeitigt. Während früher eine weitgehende Gleichheit in der Lieferung von Kleidung, Lebensmitteln und anderen Dingen des täglichen Gebrauchs herrschte, die nicht an Altersgruppen gebunden war, wird nun allgemein die Verteilung von bestimmten Geldsummen üblich, die dem einzelnen Mitglied eine gewisse Freiheit im Verbrauch und dem Kauf im Lagerhaus des Kibbuz gestattet. Damit ist das Prinzip der Uniformität und der Ablehnung von privatem Geldbesitz bereits gelockert.

Auch die Position der einzelnen Mitglieder in der Gemeinschaft hat eine gewisse Verschiebung erfahren. Bisher übernahm jedermann abwechselnd die anfallenden Arbeiten und führte sie während einer gewissen, nach einem Turnus geregelten Zeit aus. Es wurde kein Unterschied gemacht zwischen der jeweiligen Art und Qualität der Arbeit. Jetzt hat sich langsam eine gewisse Stabilität und Differenzierung in den einzelnen Arbeitsfächern herausgebildet. Während die leitenden Posten, die bisher durch Wahl bekleidet worden waren, noch immer abwechselnd – wenn auch durch eine beschränkte Gruppe – besetzt werden, müssen die gängigen Arbeiten im Kinderhaus, der Wäscherei, der Küche und den Ställen auf lange Zeit von den gleichen Mitgliedern ausgeführt werden.

Auch in der Verwaltung des Kibbuz hat sich manches verändert. Mit der schnellen Entwicklung und der wachsenden Mitgliederzahl wurde die wirtschaftliche Leitung komplizierter und ausgedehnter. Noch werden in der Generalversammlung der Mitglieder die wichtigen Entscheidungen getroffen, aber sie hat viel an Macht und Durchschlagskraft verloren. Mehr und mehr kommt sie unter den Einfluss von Menschen mit direktorialen Fähigkeiten und von Fachleuten, die entscheidenden Einfluss auf den Gang der Geschäfte ausüben.

Drang nach mehr Intimität und höherem Lebensstandard

Gleichzeitig haben sich auch in den Familien einschneidende Veränderungen bemerkbar gemacht. Die früheren Kibbuzim nahmen der Familie eine Reihe von Aufgaben ab und übertrugen diese der Gemeinschaft. Dadurch sollte eine Identifizierung des einzelnen mit der Kibbuzidee erzielt werden. Jetzt aber übernimmt die Familie wieder viele Funktionen. Die Eltern stehen den Kindern wieder viel näher als früher, wenn diese auch noch im Kinderhaus schlafen und leben. Man neigt heute zu der Anschauung, dass das Kind in seiner engen Beziehung zur Familie ein Bindeglied zwischen Kibbuz und Elternhaus darstellt. Um Einzelheiten aus dem Gemeinschaftsleben zu nennen: die Nebenmahlzeiten werden jetzt mehr und mehr im Familienkreis, in den Klein-

wohnungen, eingenommen, wo sich manchmal auch gute Freunde einfinden. Wohl wird die Hauptmahlzeit noch immer im gemeinsamen Speisesaal abgehalten, aber die Atmosphäre ist nun viel persönlicher. Dieser Raum ist der Hauptversammlungsort der Mitglieder, besonders an Feiertagen; aber in vielen Kooperativsiedlungen bestehen daneben auch Kaffeestuben, die eine engere Kontaktnahme ermöglichen.

Eine der neuesten Errungenschaften im Kibbuzleben ist die Beteiligung der Mitglieder an der nationalen Altersversicherung. Noch vor zwanzig bis dreissig Jahren war man der Ansicht, dass diese Rentenzahlungen nur für Beamte öffentlicher Institutionen Wert hätten, denn der Kibbuz sichere ja die Zukunft der älteren Mitglieder. Die Einführung einer Versicherung auch für diese letzteren ist nur der erste Schritt; ihm werden weitere Erleichterungen für die ältere Generation, die dem Kibbuz ihre Arbeitskraft und ihr Leben gewidmet hat, folgen. An dem in Vorbereitung stehenden nationalen Pensionsgesetz werden alle Kibbuzim mit ihren teilweise bereits existierenden Sonderfonds teilhaben.

Die Bemühungen, die ideologischen Begriffe der einstigen Pioniergesellschaft den Strömungen der veränderten Gesellschaftsform anzupassen, sind besonders bei der Erziehung des Nachwuchses, auf welchem letzten Endes der Kibbuz beruht, erkennbar. Noch gibt es hier keinen einheitlichen Weg; die verschiedenen Siedlungen versuchen Lösungen auf ihre Art zu finden. Die Erziehung ist nach wie vor für alle Kinder gemeinsam geregelt. Sie müssen ausnahmslos die Mittelschule durchlaufen. Erst nach Abschluss werden die besten Schüler für den Hochschulbesuch ausgewählt. Der Kibbuz war von Anfang an daran interessiert, seinen Mitgliedern die bestmögliche Erziehung zu geben; dabei zielte sein Ideal eigentlich nicht auf höhere Bildung, denn es war vorgesehen, dass die Nachkommen die Arbeit der älteren Generation in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft übernehmen würden. Der sich jetzt so stark bemerkbar machende Drang der Jugend nach höherer Erziehung und akademischen Titeln wird als Abweichung von der ursprünglichen Ideologie und als bedenkliches Tor zu weiteren Entwicklungen angesehen. Andererseits kann begabten Kindern die Möglichkeit der Weiterbildung nicht verweigert werden. Viele Kibbuzim gestatten der Jugend daher, externe Prüfungen zu machen und ermöglichen ihr die weitere Schul- und Universitätsausbildung ausserhalb ihrer Grenzen.

Aber im allgemeinen zeigt es sich, dass die junge Generation sich vollauf mit den Idealen des Kibbuzlebens identifiziert und ihnen treu bleibt. Manche vereinen sich mit Menschen ihrer Generation, um neue Kibbuzim zu gründen, die die anerkannten Pionierbelange bejahen. Es kommt aber auch vor, dass junge Leute ihren Kibbuz verlassen, in dem sie geboren sind, um den Lebenskampf auf eigene Faust in den Städten zu wagen, entweder um eine besondere Karriere zu machen oder sich einen höheren Lebensstandard gestatten zu können.

Landwirtschaft allein genügt nicht mehr

In den letzten Jahren erfuhr die Struktur des Kibbuz eine weitere tiefgehende

Erschütterung durch die wachsende Industrialisierung des Landes. In einigen Fällen stellte es sich heraus, dass die Siedlung nicht genügend Land hatte, um sich zu entwickeln, und dass ihr kein weiterer Boden zugeteilt werden konnte. In anderen Fällen musste für diejenigen Mitglieder Arbeit gefunden werden, die nicht während des ganzen Jahres in der Landwirtschaft beschäftigt werden konnten. Es begann mit kleinen Werkstätten, damit der gestörte Wirtschaftsablauf wieder geregelt werden konnte. So entwickelten sich neben der Landwirtschaft kleinere oder mittlere Industriebetriebe; manchmal wurde sogar Privatkapital aufgenommen. Einige Kibbuzim benutzten die auf eigenem Boden produzierten Rohmaterialien zur Weiterverarbeitung, andere machten sich die besonderen Fähigkeiten ihrer Mitglieder zunutze. So entstanden Holz- und Möbelfabriken, Lebensmittelbetriebe, Metall- und Plastikwerkstätten und solche zur Anfertigung von besonderen Instrumenten. Einige Kibbuzim gründeten Erziehungsanstalten für schwierige Kinder oder Sanatorien und Ferienhäuser. Diese Tätigkeit umfasst jetzt dreissig bis vierzig Prozent der gesamten Kibbuzproduktion.

Von Israels 232 Kibbuzim sind etwa 170 auf irgendeinem Gebiet der Industrie oder im Fremdenverkehr beschäftigt, natürlich unter Beibehaltung der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Sie haben dafür gesorgt, dass diese Fachzweige mit tüchtigen Maschinen und geschulten Arbeitskräften betrieben werden. Viele Mitglieder wurden vom Kibbuz zu Fachkursen und Hochschulen gesandt, um diese Betriebe leiten zu können. Viele Mitglieder brachten auch Fachkenntnisse und Arbeitserfahrungen aus ihren Herkunftsländern mit. Die Arbeitskosten werden durch den Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gedeckt, im weiteren durch Entwicklungsanleihen, die von der Regierung oder der Arbeiterbank leicht zu erhalten sind. Die Kibbuzim vereinbaren untereinander die Eröffnung der jeweiligen Betriebe, um sich nicht zu konkurrenzieren und höchstmögliche Rentabilität zu erzielen. Einige dieser Fabriken, die bis zu 450 Arbeiter beschäftigen, werden von mehreren Kibbuzim gemeinsam betrieben.

Aber im allgemeinen haben solche Unternehmen nur eine Belegschaft von etwa zwanzig Leuten und sind auch nicht immer voll mechanisiert. Um die Monotonie der Arbeit zu erleichtern, ist ein Rotationssystem von je zwei Stunden Arbeitszeit pro Person eingeführt worden. Diese kleinen Industrien arbeiten sehr erfolgreich, wobei die übliche Kibbuzlinie beibehalten wird. Die Mitglieder erhalten keinen Lohn, die Verdienste fliessen dem Kibbuz zu. Trotzdem arbeitet die Belegschaft gut und es gibt keine Streiks. Bei einer solchen Methode kann der Preis des Produktes niedrig gehalten werden. Die Kibbuzim verkaufen ihre Erzeugnisse an die Regierung, aber auch ins Ausland. Somit werden die alten Prinzipien auch bei erhöhtem Lebensstandard angesichts der neuen Entwicklung voll gewahrt.

Die Weigerung der Kibbuzim, bezahlte Arbeiter von aussen in ihren Betrieben einzustellen, wirkt im allgemeinen auf die industrielle Entwicklung hemmend. Es wurden daher zum Teil Zwischenlösungen gefunden wie: stundenweise Arbeit in Verbindung mit dem Studium des Hebräischen, Betreuung von verwilderten Jugendlichen, die zur Nacherziehung im Kibbuz leben, Som-

merlager für Stadtbewohner und Jugendgruppen gegen Logis und Verpflegung. Eine andere Lösung ist die Gründung von solchen Betrieben in nahen Dörfern, wo Neueinwanderer leben. In diesem Fall liefert der Kibbuz das Rohmaterial und stellt die Leitung, die Dorfbevölkerung jedoch ihre Arbeitskraft zur Verfügung.

Trotz grosser Anstrengungen, neue Emigranten für die Kibbuzidee zu gewinnen, sind geringe Erfolge zu verzeichnen. Es ist ein ideologischer Hintergrund notwendig, um im Kibbuz glücklich zu sein. Die Einwanderer orientalischer Herkunft sind jedoch noch zu sehr in der alten Form des engen, patriarchalischen Familienlebens verhaftet. Andererseits kann der Kibbuz nicht von den einmal gutgeheissenen Idealen abrücken und bleibt darum relativ statisch. Dagegen hat sich neben dem Kibbuz die Idee des Kooperativdorfes mehr und mehr durchgesetzt, zu dem viele neue Siedler, auch die der orientalischen Gruppen, hinströmen. Dieses vertritt die Idee der wirtschaftlichen Gemeinschaft aller Mitglieder. Hier bewirtschaften sie ihr eigenes Land selbst, wenn auch nach einem gemeinsam aufgestellten Programm. Das traditionsreiche Familienleben aber bleibt unangetastet.

Hannah Petor

«EIN SOMMERNACHTSTRAUM» UND «DIE ERMORDUNG MARATS»

Spielzeitbeginn im Schauspielhaus Zürich

Künstlerische Verantwortung, von der in Theaterdiskussionen viel die Rede ist, hätte der Direktion des Schauspielhauses Zürich gebieten müssen, *Peter Gills* Inszenierung des «*Sommernachtstraums*» gar nicht erst öffentlich zu zeigen. Hier ging es nicht um eine allenfalls diskutable Interpretation, sondern um schlichtes Versagen. Die offizielle Mitteilung, in der die Direktion des Schauspielhauses nach der Premiere bekanntgab, dass die Eröffnungsinszenierung vorübergehend vom Spielplan wieder abgesetzt sei, damit sie revidiert werden könne, spricht zwar von Bedenken gegen die Auffassung und die Arbeitsmethode des Regisseurs, die ihr bereits im Verlauf der Proben gekommen seien. Aber Peter Gill wird im gleichen Communiqué mit Eigenschaften geschmückt, die mich nur wundern können: in einem Text von knapp einer halben Seite wird er «renommiert», ferner «bekannt» und schliesslich «erfolgreich» genannt. Was sind denn das für Kriterien?

Was an diesem Abend der Spielzeiteröffnung über die Bühne ging, war nicht, wie angekündigt, «Ein Sommernachtstraum», sondern das unmotiviert eigenwillige Konzept eines Mannes, an dessen künstlerischer Sensibilität zu zweifeln noch die mildeste Quittung für das Ergebnis seiner Inszenierungsbemühungen ist. Wie kann man denn ausgerechnet den «Sommernachtstraum» so nüchtern, auch noch winzigster Spurenelemente von Erotik beraubt spielen wollen? Vielleicht, weil man damit die sachliche Einstellung heutiger Jugend

zum Phänomen der Liebe vorzeigen möchte? Die Vermutung drängt sich auf. Schon in dem, was sich dem Auge darbietet, ist der Abend von ermüdender Nüchternheit. *Deirdre A. Clancy*, die Bühnenbildnerin, macht aus Shakespeares Wald bei Athen eine leere, grün ausgeschlagene Turnhalle; Elfen und Menschen sind statt in duftige, phantasievolle Kostüme in anmutslose Futterale gesteckt –, Oberon trägt einen gefleckten Tarnanzug. Die Elfen turnen und schwingen an Kletterseilen, die vom Schnürboden herabhängen. Die Liebesleute und vor allem Puck absolvieren vor und nach der Pause ein respektables Laufpensum mit gelegentlichen Zwischenstarts, Puck allerdings als ein etwas schwerfälliger Sprinter, Shakespeares Märchenwald reduziert sich in dieser Inszenierung zu einer Art von Vita Parcours. Was zwischen Hermia, Helena, Lysander und Demetrius an Liebesverschränkungen und Liebeswirren durch den Wald geistern sollte, was gar die Elfenkönigin Titania an den Esel kettet, in den der brave Zettel verwandelt worden ist, sind blosse Sandkastenspiele, die Oberon und Puck arrangieren. Die beiden machen mit der Liebe Laborversuche, um zu beweisen, dass sie eine blosse Grille, eine vorübergehende Störung der Zurechnungsfähigkeit und sonst nichts sei. Auch die Handwerker machen das ja mit ihrem tolpatschigen Spiel von Pyramus und Thisbe sichtbar: Liebe ist eine Raserei, die wider alle Vernunft in den Tod führen kann. Nicht allein über die Unbeholfenheit der Darsteller lacht die Hofgesellschaft, sondern ebenso über die Torheit der Liebenden.

Spätestens an diesem Punkt wird deutlich, wie schief diese Interpretation liegt. Die Sache wird nicht besser dadurch, dass Peter Gill ausgerechnet die Übersetzung von Schlegel/Tieck gewählt hat: seinen Absichten, wie sie aus der ganzen Anlage der Inszenierung abzulesen sind, kann dieser romantische Text nur im Wege stehen. Man wird schwerlich eine poetische Sprache sprechen können, während man an Seilen herumklettert und körperliche wie seelische Fitness demonstriert. Die Folge ist jammervoll genug: Die Verse werden von den Schauspielern schulmässig und hastig abgeliefert, als ein Text eben, der zum Bühnengeschehen wie das Auge unter die Faust passt. Man wolle, so hiess es im nachträglichen Communiqué der Direktion des Schauspielhauses, vor allem die sprachlichen Mängel der Inszenierung in konzentrierter Nachprobenarbeit beheben. Falls das gelungen sein sollte, muss die Unmöglichkeit dieser Interpretation nur noch augenfälliger werden: Die Faust der szenischen Gymnastik schlägt dann nieder, was allenfalls strahlen und verzaubern könnte.

Um der Schauspieler willen, die sich aussetzen müssen und die schliesslich gerade in einem so grossen Stück ein respektables Pensum übernehmen, dürfte ein so eklatanter Missgriff einfach nicht vorkommen. Was muss eigentlich noch geschehen, damit das verderbliche Streben nach Internationalität («renommiert», «bekannt», «erfolgreich») ein Ende nimmt? Da wären Schauspieler, ein Stendar als Oberon zum Beispiel, Richter als Zettel (die erfreulichste Figur des Abends), auch junge Darsteller, die etwas zu geben hätten und denen man einen schlechten Dienst erweist, wenn man sie in unsinnige Konzepte presst.

Etwas besser gelang die zweite Insze-

nierung, die *Harry Buckwitz* persönlich übernommen hatte. Dem Zürcher Publikum ist eine Aufführung des Stücks «*Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade*» von *Peter Weiss* bisher vorenthalten worden; die Aufnahme des Werks in den Spielplan dieser Saison erfolgte ausdrücklich in der Absicht, «ein Zürcher Versäumnis wettzumachen». Aber da Theater immer Gegenwart ist, ob es sich nun einem aktuellen Stück oder einem Klassiker zuwende, stellt sich natürlich die Frage, ob es heute, acht Jahre nach der Uraufführung, noch lebendig sei und kraft welcher Qualitäten. Buckwitz wollte einen neuen Weg gehen: er wollte das Stück nicht dem wild entfesselten, totalen Theater ausliefern (wie das in denkwürdigen Inszenierungen bereits geschehen ist), sondern «seine Ideologie zwischen genau kontrollierten Situationsexzessen und Musikeinblendungen» vorzeigen. Was immer dieser Vorsatz in all seinen Konsequenzen bedeuten mag –, dem «Marat / Sade» von Peter Weiss bekommt er nicht sonderlich. Das eher grob gezimmerte Gerüst wird sichtbar. Die Unergiebigkeit des Dialogs zwischen de Sade und Marat, sonst überspielt durch den Höllenspektakel im Badhaus der Irrenanstalt, droht den Abend zum Erlahmen zu bringen. Wenn dieses faszinierende Stück Theater leben wird, so sicher nicht wegen der Gegenüberstellung des fanatischen Revolutionärs und des resignierten, desillusionierten Aussenseiters, sondern eher schon wegen der Möglichkeiten, die es zur Entfesselung totalen Theaters anbietet.

Selbst in der kontrollierten, ich würde eher sagen: disziplinierten Form, in der hier Exzesse, Aufmärsche, Ausbrüche der politischen Leidenschaft und des Wahnsinns, des Erotischen und massenpsychologischer Erscheinungen gezeigt wurden, waren sie und nicht das Streitgespräch über die Frage, ob Revolution die Welt verändere und den Menschen bessere Verhältnisse bringe oder eben nicht, für die stärksten Eindrücke dieses Abends verantwortlich. Das mag damit zusammenhängen, dass das Revolutionsgerede ohnehin an Faszination eingebüsst hat. Sowohl vom Werk wie von der gegenwärtigen Zeitlage her betrachtet war es kaum ratsam, ausgerechnet auf die «Ideologie» des Stücks besonderen Wert zu legen.

Was zu loben ist: Das weissgekachelte Duschbad von Charenton, in das *John Gunter* die Bühne des Schauspielhauses verwandelt hat. Die Musik von *Richard Peaslee*, für Peter Brooks Londoner Inszenierung geschrieben und durch Buckwitz erstmals auf einer deutschsprachigen Bühne verwendet, übrigens hervorragend interpretiert. Die Gruppierung der Figuren, die wechselnden Bilder einer irren Welt, aus der immer wieder Evokationen geschichtlicher Ereignisse hervorgehen. Hier ist gekonntes Handwerk zu spüren, hier feiert Perfektion des szenischen Effekts Triumphe –, wenn ich auch der Meinung bin, dass etwas viel und penetrant marschiert wird, an Ort und vom Bühnenhintergrund an die Rampe. Als Mittel ist das gewiss nicht abzulehnen; aber es wiederholt sich zu oft.

Peter Weiss hat bekanntlich zuerst eher den Standpunkt, den de Sade in seinem Stück vertritt, später dann den revolutionären Glauben Marats als richtig und entscheidend hingestellt. Die Inszenierung kann also beides: sie kann

den Sieg des Ermordeten, seine Apotheose –, oder aber die Desillusionierung herausarbeiten. Buckwitz scheint hier einen dritten Weg gesucht zu haben, er spricht von einer polyphon komponierten Partitur, was darauf hindeutet, dass er die Entscheidung offen lassen möchte. Der Zuschauer soll die beiden Kontrahenten Marat und de Sade als gleichwertige Gegenspieler nehmen. Dem widerspricht allerdings, dass der Marat der Aufführung von Charenton ja eine Figur de Sades ist: de Sade ist der Verfasser und Regisseur des Stücks. Nur ein paar Zwischenfälle, die bei einer Theateraufführung mit Patienten unvermeidlich sind, durchkreuzen sein Konzept. De Sade (bei Weiss) will mit seinem Theater eine scharfe Attacke gegen das neue Establishment führen, und darum ist nicht einzusehen, warum Buckwitz den Anstaltsdirektor und seine Begleiter in der ersten Zuschauerreihe, sozusagen in der Versenkung, verschwinden lässt. Hier nämlich hätte de Sade seinen wirklichen Widerpart. Leute wie dieser Coulmier sind es, die das Erbe der Revolution antreten. Hier bleibt in der Zürcher Aufführung eine schwer verständliche Lücke, und dies nicht etwa durch die Schuld Gert Westphals, der den Coulmier spielt, sondern wegen der Anordnung des Spiels durch den Regisseur, die der Gesellschaft, verkörpert durch Coulmier, keine Gelegenheit gibt, sich ganz zu zeigen.

So stellen sich denn auch nach dieser imponierenden Aufführung, die in Erich Schellow einen allzu zurückhaltenden de Sade, in Hans Gerd Kübel einen vierschrötigen Volkstribunen Marat von grosser und überzeugender Intensität und in Christine Wodetzky eine bildschöne und exakt agierende Charlotte Corday nebst vielen andern zum Teil hervorragenden Darstellern aufweist, leider Bedenken ein gegen die Grundanlage der Inszenierung.

Abgesehen von der Werbeveranstaltung mit Pavel Kohouts «August, August, August», einer munteren Zirkusvorstellung, mit der man neue Publikumsschichten für das Theater gewinnen will, hat das Schauspielhaus Zürich seine neue Spielzeit nicht eben überzeugend begonnen.

Anton Krättli